

Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches
mit Außenminister Johann Wadephul am 10. Dezember 2025

Länderthema Philippinen
Organisation Amnesty International, Brot für die Welt, Misereor, Missio, Vereinte Evangelische Mission (in Zusammenarbeit mit dem Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen)
Beschreibung der Menschenrechtsproblematik: Auch im dritten Amtsjahr der Regierung von Ferdinand Marcos Jr. bleiben die schweren Menschenrechtsprobleme in den Philippinen ungelöst. Trotz ihrer menschenrechtsfreundlichen Rhetorik versäumte es die philippinische Regierung, gegen frühere und anhaltende Menschenrechtsverletzungen vorzugehen. Die Verhaftung des ehemaligen Präsidenten Rodrigo Duterte wegen mutmaßlicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Überstellung an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) am 11. März 2025 sind wichtige Schritte in Richtung Gerechtigkeit in den Philippinen. Nach wie vor fehlen jedoch grundlegende strukturelle Reformen und klare strafrechtliche Ergebnisse, wie Verurteilungen von Täter:innen außergerichtlicher Hinrichtungen, an denen eine tatsächliche Verbesserung der Menschenrechtslage bemessen werden kann. Maßnahmen wie die Einrichtung eines Sonderausschusses für Menschenrechtskoordinierung (Special Committee on Human Rights Coordination) haben sich bisher als unzureichend erwiesen und die kritische Situation der Straflosigkeit nicht verbessert. Obwohl die Regierung von Marcos Jr. mehrmals bekräftigte, ohne Menschenrechtsverletzungen gegen illegale Drogen vorzugehen, hat das Projekt „Dahas“ des Third World Studies Center der University of the Philippines in deren Amtszeit bereits 1.059 drogenbezogene Tötungen registriert (Stand: 31. August 2025). Menschenrechtsorganisationen beklagen nach wie vor, dass die Polizeileitlinien der Vorgängerregierung von Präsident Duterte (2016–2022), die die operationale Grundlage des sogenannten „Krieg gegen die Drogen“ darstellen, nicht zurückgenommen wurden. Zudem wurden unter Marcos Jr. keine strafrechtlichen Maßnahmen ergriffen, die der brutalen Polizeigewalt und der damit verbundenen Straflosigkeit Einhalt gebieten könnten. Im Mai 2024 startete das philippinische Repräsentant:innenhaus eine Untersuchung zu den Menschenrechtsverletzungen in Rodrigo Dutertes „Krieg gegen die Drogen“. Basierend auf Aussagen führender Polizeibeamt:innen und Duterte selbst kam die Untersuchung Ende 2024 zum Schluss, dass ein systematisches Töten stattgefunden und institutionelle Straflosigkeit vorgeherrscht hatte. Den Empfehlungen der Abgeordneten, Anklagen gegen Duterte sowie die Senatoren Ronald de la Rosa und Christopher Go wegen mutmaßlicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu erheben, kam die Regierung bis dato nicht nach. Eine Kooperation mit dem IStGH im Rahmen der Ermittlungen wegen möglicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit lehnte Marcos Jr. zunächst kategorisch ab. Einen Interpol-Haftbefehl des IStGH gegen Duterte führte die Regierung jedoch aus. Duterte wurde in Manila verhaftet und nach Den Haag überstellt. Als funktionsfähiger Rechtsstaat, wie ihn Marcos Jr. der internationalen Gemeinschaft präsentiert, können die Philippinen dennoch nicht betrachtet werden. Im Berichtszeitraum kam es zu keiner weiteren Verurteilung von Polizisten in Fällen drogenbezogener Tötungen. Insgesamt wurden seit 2016 nur vier Polizisten in drei Tötungsfällen verurteilt. Nach den Senatswahlen im Mai 2025 kündigte Präsident Marcos Jr. eine neue Drogenbekämpfungsstrategie an. Dabei soll die Polizei gegen kleine Drogendelikte vorgehen und die Zahl der polizeilichen Verhaftungen als Teil ihrer Leistungskennzahlen erfassen. Die philippinische Menschenrechtskommission warnte, dass ein solcher Rahmen in der Vergangenheit zu willkürlichen Maßnahmen geführt hat, die die Menschenrechte aushöhlen. Nach Beobachtungen des Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen (AMP) kam es seit dem Amtsantritt von Marcos Jr. zum Verschwindenlassen von 13 Menschenrechtsverteidiger:innen (MRV), wovon sieben weiter vermisst werden. Die Philippinen haben das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen nicht ratifiziert. Der nationale <i>Anti-Enforced Disappearance Act</i> von 2012, der die Praxis des Verschwindenlassens unter Strafe stellt, kam bisher nicht zur Anwendung. Bis heute hat die Regierung die von Menschenrechtsorganisationen dokumentierten Fälle des Verschwindenlassens von MRV nicht anerkannt und die Täter:innen nicht zur Rechenschaft gezogen. Laut der philippinischen Menschenrechtskommission sei der fehlende Zugang zu Polizeidokumenten und die eingeschränkte Zusammenarbeit der philippinischen Polizei mit der philippinischen Menschenrechtskommission dabei ein zentrales Problem. Dasselbe gilt auch für die meisten Untersuchungen der vom AMP zwischen 1. Juli 2016 und 30. Juli 2025 dokumentierten 308 Tötungsfälle von MRV. Das AMP beobachtete seit 2024 auch eine Vielzahl an konstruierten Anklagen gegen Nichtregierungsorganisationen (NRO) und MRV im Partner:innenumfeld des AMPs wegen angeblicher Verstöße gegen das Gesetz zur Verhinderung und Bekämpfung von

Terrorismusfinanzierung. Das philippinische Netzwerk Defend NGOs Alliance dokumentierte zwischen 2019 und 2024 bereits 24 solcher missbräuchlichen Anklagen von mutmaßlicher Terrorismusfinanzierung gegen NROs. Den Beschuldigten wird in der Regel vorgeworfen, Mitglieder oder Unterstützer:innen der bewaffneten, kommunistischen Rebellengruppe New People's Army (NPA) zu sein (sog. *red-tagging*) oder diese finanziert zu haben. Im Rahmen der 59. Menschenrechtsratssitzung im Juni 2025 bezeichnete die UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Meinungsäußerung, Irene Khan, die Praxis des *red-tagging* als „ernste Bedrohung der Zivilgesellschaft“. Sie kritisierte, dass der repressive *Anti-Terrorism Act* von 2020 bisher nicht in Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards gebracht wurde. Auch eine EU-Wahlbeobachtungsmission beobachtete zahlreiche *red-tagging* Vorfälle im Zuge ihrer Beobachtung der Zwischenwahlen im Mai 2025. Opfer von *red-tagging* werden in vielen Fällen diffamiert, bedroht, kriminalisiert oder im Extremfall ermordet.

Seit August 2024 rückten Forderungen zur Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit im diplomatischen Dialog und in öffentlichen Stellungnahmen der Bundesregierung sowie der EU noch weiter in den Hintergrund. Stattdessen wird eine Vertiefung der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Beziehungen mit den Philippinen angestrebt. Auch 2024 versäumte es die EU, das Allgemeine Präferenzsystem (Generalized Scheme of Preferences Plus/GSP+) effektiv zu nutzen, um politischen Einfluss auf die philippinische Regierung und die Situation der Menschenrechte im Land zu nehmen. Zudem führt die EU die Verhandlungen über ein bilaterales Freihandelsabkommen mit den Philippinen weiter, ohne notwendige menschenrechtliche Konditionalitäten in das Abkommen aufzunehmen bzw. klare politische Forderungen im Kontext der EU-Menschenrechtsdialoge zu stellen, die die aktuelle Menschenrechtssituation und potenziellen menschenrechtlichen Folgen des Abkommens miteinbeziehen. Die EU benötigt für ihre angestrebte „grüne Wende“ kritische Mineralien wie Kupfer, Nickel und Kobalt. Große Vorkommen davon befinden sich in den Philippinen auf vor allem indigenem Land. Das Abkommen würde durch eine Senkung von Exportzöllen auf kritische Rohstoffe und einen erleichterten Marktzugang für europäische Konzerne Anreize für verstärkten Bergbau bieten. Dadurch könnte sich die bereits problematische Situation der indigenen Rechte und ihrer Verteidiger:innen verschärfen.

Wir bitten die Bundesregierung, sich gegenüber der philippinischen Regierung dafür einzusetzen, dass

1. jegliche Bedrohung, konstruierte Anklagen und Gewalt gegenüber Menschenrechtsverteidiger:innen durch staatliche Sicherheitsorgane und Regierungsbeamte:innen unverzüglich beendet und Gerichtsverfahren nach Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit abgeschlossen werden,
2. gemäß Art. 14 des UN-Zivilpakts das Recht auf Gleichheit vor Gericht und ein faires Gerichtsverfahren sowie die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit von Gerichten gewährleistet werden,
3. der *Anti-Terrorism Act* so abgeändert wird, dass er internationalen Menschenrechtsstandards entspricht und in Einklang mit den demokratischen Rechtsstaatlichkeitsprinzipien wie der Unschuldsvermutung nach Artikel 66 der philippinischen Verfassung steht,
4. alle laufenden Polizeieinsätze der Anti-Drogen-Kampagne der Regierung, die den Einsatz unverhältnismäßiger Gewalt beinhalten, unverzüglich beendet und ein Menschenrechts- und gesundheitsbasierter Ansatz zur Bekämpfung von illegalen Drogen priorisiert werden,
5. die Anhörungen des Repräsentant:innenhauses zu den Tötungen im „Krieg gegen die Drogen“ mit Einbezug der Marcos Jr. Regierungszeit weitergeführt, den Empfehlungen der Abgeordneten nachgekommen und Reparationszahlungen für Angehörige von Opfern geleistet werden,
6. alle Fälle von außergerichtlichen Hinrichtungen und Verschwindenlassen unverzüglich untersucht und die Täter:innen vor Gericht gestellt werden,
7. das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen ratifiziert und seine Bestimmungen in nationales Recht umgesetzt werden,
8. das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs erneut ratifiziert wird.

Wir bitten die Bundesregierung, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass

9. politische Forderungen hinsichtlich der absoluten Straflosigkeit von Täter:innen und Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger:innen trotz geopolitischer Herausforderungen in der Indo-Pazifik-Region in bi- und multilateralen Dialogen mit der philippinischen Regierung priorisiert werden,
10. das Generalized Scheme of Preferences (GSP+) der EU durch klare politische menschenrechtliche Forderungen genutzt wird, um auf die Verbesserung der Menschenrechtssituation in den Philippinen hinzuwirken,
11. klare und messbare Konditionalitäten und politische Forderungen zur Erfüllung internationaler Menschenrechtsstandards in ein mögliches Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Philippinen integriert werden,
12. die an der deutschen Botschaft in Manila eingerichtete Stelle einer Menschenrechtsreferent:in fortgeführt wird, um die Menschenrechtsarbeit des Auswärtigen Amts direkt vor Ort zu stärken.